

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.170.109

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)10083/J-NR/2022

Wien, 3. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Schmiedlechner, Kolleginnen und Kollegen haben am 03.03.2022 unter der Nr. **10083/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Versorgung der heimischen Landwirtinnen und Landwirte mit Dünger und Rohstoffen für die Lebensmittelproduktion sicherstellen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7 und 10:

- Wie sehen die langfristigen Prognosen für den Düngemittelmarkt in Österreich aus?
- Wie sieht die Entwicklung des Düngemittelmarktes in den anderen EU-Ländern aus?
- Wie sieht die weltweite Entwicklung des Düngemittelmarktes aus?
- Wie entwickeln sich die Düngemittelpreise in Österreich, in der EU und weltweit?
- Falls es Unterschiede in der Preisentwicklung in der EU oder weltweit zu Österreich gibt, was sind die Gründe?
- Wird auch in anderen Ländern die Düngemittelproduktion als langfristig unwirtschaftlich angesehen?

- Ist die Versorgung mit den Düngemitteln in Österreich für die nächsten 10 Jahre gesichert?
- Was hat sich am Düngemittelmarkt zwischen 2020 und 2022 geändert?

Die Entwicklung des Düngemittelmarktes hängt – je nach Art des Düngemittels – von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise der ausreichenden Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Rohstoffe, dem Funktionieren der Transportwege, einer geänderten Nachfragesituation aufgrund einer Ausweitung des Anbaus oder auch den Energiepreisen.

Die für die landwirtschaftliche Produktion wesentlichsten Nährstoffe sind Stickstoff, Phosphor und Kalium. Da vor allem für die Erzeugung von Stickstoff ein hoher Energiebedarf besteht, hängt der Stickstoffpreis in erster Linie mit dem Energiepreis zusammen. Phosphor und Kalium sind weniger energieintensiv, werden jedoch nur in wenigen Ländern abgebaut.

In Österreich und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden in erster Linie Kalkammonsalpeterdüngemittel hergestellt, welche überwiegend zur Stickstoffdüngung in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Darüber hinaus werden auch andere Düngemittel wie Harnstoff verwendet, wobei dieser in der Europäischen Union nur in geringen Mengen produziert wird.

Die massiven Anstiege der Energiekosten sowie die knappe Verfügbarkeit von Rohstoffen führten und führen bei Düngemitteln zu starken Preissteigerungen.

Aufgrund der vielen Faktoren, welche die Entwicklungen auf dem Düngemittelmarkt beeinflussen, ist eine diesbezügliche langfristige Prognose nicht möglich. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, dass die benötigten Düngemittel in Österreich auch zukünftig in ausreichender Menge zur Verfügung stehen werden.

Zu den Fragen 8, 9, 11, 12 und 23:

- Warum hat die OMV im Jahr 2020 geglaubt ein Investment in Borealis ist sinnvoll?
- Warum sieht die OMV im Jahr 2021 bzw. 2022 ein Investment in Borealis als nicht sinnvoll?
- Laut der Information im Artikel konnte man 2021 mit Düngemitteln noch sehr gut verdienen, warum verkauft dann die OMV ihre Anteile?
- Warum greift „Moskau“ (bzw. Russland) wiederholt in den Düngemittelmarkt ein?

- Wie steht das Bundesministerium zum Ausverkauf von wichtigen österreichischen Unternehmen an ausländischen Investoren?
 - a. Ist dies zu begrüßen?
 - i. Falls ja, warum?
 - ii. Falls nein, was wird gemacht, um dies zu verhindern?'
 - b. Gibt es da eine Stellungnahme der Regierung, welche alle Minister mittragen?
 - i. Falls ja, wie lautet diese?
 - ii. Falls nein, welche Ministerium vertreten unterschiedliche Positionen?

Die gestellten Fragen betreffen nicht den Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus.

Zur Frage 13:

- Aus welchen Quellen erhält Österreich das Ammoniumnitrat?

Die Stickstoffdüngemittel, die nicht aus heimischer Produktion stammen, werden zum Großteil aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union importiert. Mehr als zwei Drittel der Importe stammen aus Kroatien, Deutschland und der Slowakei. Düngemittel aus Drittstaaten haben einen sehr geringen Anteil an den Importen.

Zu den Fragen 14 bis 16:

- Wie wird sich die Düngemittelknappheit Punkto Qualität und Menge auf die österreichische Getreideproduktion auswirken?
- Ist eine ausreichende Lebensmittelproduktion auch für den Fall, dass der Ukraine-Krieg länger andauert, sichergestellt?
- Gibt es Prognosen wie sich die Preise der Lebensmittel in Österreich entwickeln werden, sollte der Ukraine-Krieg länger andauert?

Für die Qualität und die Menge der österreichischen Getreideproduktion spielen vielfältige Faktoren eine Rolle, neben den Witterungsverhältnissen während der gesamten Vegetationsperiode auch die ausreichende Verfügbarkeit von Nährstoffen, die Wahl standortangepasster Sorten sowie geeignete Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Kulturen und Bestände. Grundsätzlich kann ein verringerter Düngemiteleinsatz zu niedrigeren Ernteerträgen führen. Im Hinblick auf die Ernte im Jahr 2022 wird davon ausgegangen, dass die österreichischen Landwirtinnen und Landwirte ausreichend mit Düngemitteln versorgt sind.

Die Dauer und Entwicklung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kann derzeit nicht vorhergesehen werden. Die Situation der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung wird gemeinsam mit der Agrarmarkt Austria, der Wirtschaftskammer Österreich und den Verbänden entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette permanent beobachtet und bewertet. Die Lebensmittelproduktion in Österreich ist auch für den Fall eines länger andauernden Krieges gesichert. Prognosen zufolge werden die Lebensmittelpreise, ausgehend von den gestiegenen Rohstoffpreisen, den gestörten Lieferketten und der Inflation, hoch bleiben.

Zu den Fragen 17 und 18:

- Gibt es bereits jetzt erkennbare Auswirkungen des Ukraine-Krieges im landwirtschaftlichen Bereich?
 - a. Falls ja, welche?
 - b. Falls ja, was wurde unternommen, um diese Auswirkungen zu mildern oder zu verhindern?
- Welche Vorkehrungen wurden getroffen, damit alle Rohstoffe (vor allem die landwirtschaftlichen Produkte) auch weiterhin ohne Einschränkungen vorhanden sind?

Die sichere Versorgungslage der österreichischen Bevölkerung mit Agrarprodukten, Lebensmitteln und Trinkwasser ist weiterhin gewährleistet. Ausfälle bei den Getreideexporten der Ukraine bzw. mögliche Ausfälle Russlands wirken sich weltweit auf die Preise aus. Diese Preissteigerungen bzw. Verwerfungen der Handelsströme haben vorwiegend Auswirkungen auf jene Länder, die große Teile ihrer Getreideimporte aus der Ukraine beziehen.

Die Auswirkungen im Agrarbereich sind bisher vor allem indirekt spürbar. Das betrifft vor allem die massiv gestiegenen Energie-, Futtermittel- und Düngemittelpreise.

Was direkte Auswirkungen betrifft, so kommt dem Agrar- und Lebensmittelaußenhandel mit der Ukraine und Russland anteilmäßig (am wertmäßigen Volumen des österreichischen Gesamttagrarexportes) nur eine untergeordnete Rolle zu. In einzelnen Spezialbereichen, wie zum Beispiel dem Export von Futtermitteln und Heimtierfutter oder Produkten der Lebensmittelindustrie (inklusive Getränke), ist ein Wegfall des russischen Marktes für die betroffenen Unternehmen dennoch spürbar. Im Bereich der Zuchttierexporte von Schafen und Ziegen fallen mit Russland und der Ukraine ebenfalls wichtige Märkte für österreichische Exporteure weg.

Eine Verknappung oder ein Ausfall der russischen Gas- und Energielieferungen würde den Agrar- und Lebensmittelsektor unmittelbar treffen. Die österreichische Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist der siebtgrößte Gasverbraucher in Österreich und von einer stabilen Versorgung abhängig. Dasselbe gilt für viele vor- und nachgelagerte Bereiche wie etwa Verpackung und Kühlung. Zudem sind insbesondere sowohl der Gemüsebau (z.B. Produktion von Fruchtgemüse im geschützten Anbau) als auch der Gartenbau (u.a. Frühaufzucht von Pflanzen) vom Rohstoff Gas abhängig.

Zusätzlich ist der heimische Sektor auf saisonale Facharbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Besonders in den Bundesländern Oberösterreich, Tirol und Niederösterreich werden vielfach Saisonarbeitskräfte aus der Ukraine eingesetzt. Die Branche arbeitet in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus an Lösungen, um den durch den Wegfall von Arbeitskräften aus der Ukraine entstandenen Bedarf abzudecken.

Im Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus wurde mit Ende Februar 2022 aufgrund der auftretenden Herausforderungen für die Agrarmärkte und zur Beobachtung der Lebensmittelversorgungslage in Österreich eine Arbeitsgruppe „Russland-Ukraine-Krieg Krisenstab – Agrarmärkte und Lebensmittelversorgungslage“ eingerichtet.

Derzeit sind insbesondere Agrarmarktmaßnahmen der Europäischen Union in Ausarbeitung bzw. Umsetzung [z.B. die private Lagerhaltung Schweinefleisch gem. Art 17 sowie die Sonderbeihilfe für landwirtschaftliche Erzeugung – Ukraine – gem. Art 219 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse]. Darüber hinaus wurde die Nutzung von im Rahmen von ökologischen Vorrangflächen angelegten Bracheflächen (für Futterzwecke, Beweidung sowie den Anbau von Ackerkulturen ohne Einschränkungen) beschlossen.

Insgesamt sind die Aufrechterhaltung der Warenströme und Regeln des gemeinsamen Binnenmarktes der Europäischen Union nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch im Sinne der österreichischen Ernährungssicherung und Versorgungslage bei Dünge- und Futtermitteln von großer Bedeutung für die Abfederung von Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

An der bereits im November 2021 eingerichteten Expertengruppe für den Europäischen Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit (EFSCM – European Food Security Crisis preparedness and response Mechanism) nehmen

mehrere Expertinnen und Experten Österreichs teil. Dort geht es, um eine mittel- bis langfristige Verringerung der Importabhängigkeiten der Europäischen Union (Energie, Dünge- und Futtermittel), die Stärkung der Ernährungskrisenvorsorge der Europäischen Union, die Resilienz des europäischen Agrar- und Lebensmittelsektors und die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Betreffend die nachhaltige Energieversorgung des Agrar- und Lebensmittelsektors (inkl. vor- und nachgelagerter Bereiche) bringt sich das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus intensiv in verschiedene Koordinierungsformate bzw. Lenkungsgruppen, insbesondere beim federführenden Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, ein.

Eine sorgfältige Analyse der Versorgungssituation mit mineralischen Rohstoffen wird regelmäßig in der im Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus eingerichteten Task Force Rohstoff-Round-Table vorgenommen. Darüber hinaus verfügt das Ressort als Herausgeber der „World Mining Data“, eines jährlich erscheinenden statistischen Kompendiums zur Weltbergbauproduktion, über Expertenwissen, das zur Identifizierung von Diversifizierungsmöglichkeiten von Rohstofflieferungen genutzt wird.

Zur Frage 19:

- Sind ausreichend Saisoniers für die heimischen Betriebe vorhanden, sollte der Ukraine-Krieg länger andauern?
 - a. Falls ja, woher kommen die „Ersatzkräfte“?
 - b. Falls nein, welche Folgen wird dies haben?

Die Themen Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutz fallen grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit.

Es darf dennoch festgehalten werden, dass in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft jährlich rund 2.500 bis 3.000 Ukrainerinnen und Ukrainer (etwa 40 Prozent Frauen und 60 Prozent Männer) beschäftigt werden. Ukrainische Männer werden in den Betrieben aufgrund der derzeitigen Situation für diese Saison nicht erwartet.

Aktuell wird die Verfügbarkeit von ukrainischen Arbeitskräften auf Basis von nationalen Rechtsgrundlagen („Vertriebenen-Verordnung“) erleichtert und unterstützt. Weitere wichtige Herkunftsländer für den saisonalen Arbeitsmarkt in der Landwirtschaft stellen Rumänien, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Deutschland dar.

Zur Frage 20:

- Ist es sinnvoll, da von einer Verknappung von Lebensmitteln besonders von Getreide auszugehen ist, weitere Frei-Flächen für Photovoltaikanlagen zu verwenden?

Es gilt sowohl die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten in einem funktionierenden Binnenmarkt sicherzustellen als auch die Verpflichtungen aus den Klima- und Energiezielen zu erfüllen sowie die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Krisenregionen zu vermindern.

Aus Sicht des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus darf der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern jedenfalls nicht auf Kosten fruchtbarer Böden, die für die Lebensmittelproduktion benötigt werden, gehen.

Zu den Fragen 21 und 22:

- Ist es sinnvoll, da von einer Verknappung von Lebensmitteln besonders von Getreide auszugehen ist, starr am neuen GAP-Programm festzuhalten?
- Müsste man nicht gerade jetzt, um die Inflation nicht weiter anzuheizen, auf Stilllegungen und auf Biodiversitätsflächen verzichten?

Die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab dem Jahr 2023 wird auf Basis des GAP Strategieplans erfolgen. Für das Jahr 2022 sind auf Basis der Übergangsverordnung die Regelungen der Vorperiode in Geltung.

Um rasch und niederschwellig auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die globalen Agrarmärkte zu reagieren, wurde für das Jahr 2022 eine Ausnahmeregelung auf Ebene der Europäischen Union beschlossen, die eine Nutzung von als ökologische Vorrangflächen angelegte Bracheflächen der 1. Säule der GAP zur Beweidung, Mahd sowie für den Anbau von Ackerkulturen erlaubt. Da diese Maßnahme auf eine Produktivitätssteigerung in der Europäischen Union abzielt, wird auf diesen Flächen auch vom geltenden Pflanzenschutzmittelverbot abgesehen. Insgesamt können dadurch potentiell rund 9.000 Hektar zusätzliche Flächen genutzt werden.

Weiterhin wird im Rahmen des Agrarumweltprogramms ÖPUL eine Abgeltung für freiwillig angelegte Biodiversitätsflächen gefördert. Hier handelt es sich um dauerhaft begrünte Ackerflächen bzw. extensiv genutzte Grünlandflächen, die eine sehr hohe Biodiversitätswirkung aufweisen. Auch solche Biodiversitätsflächen können mit bestimmten Einschränkungen genutzt werden.

Österreich wird auch zukünftig an einem starken Agrarumweltprogramm festhalten und damit Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten heimischer Agrarlandschaften sicherstellen und entsprechende Leistungsabgeltung für die Bereitstellung entsprechender Umweltleistungen ermöglichen. Biodiversitäts- und Bracheflächen spielen hier eine zentrale Rolle und sollen auch weiterhin entsprechend angelegt werden.

Elisabeth Köstinger

